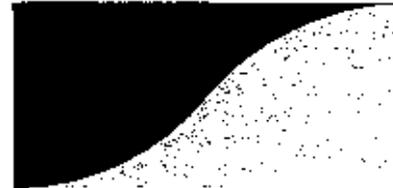


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64



Inhalt

Marliese Dobberthien
MdB und Ilse Janz MdB
zur Darstellung des
Golfkrieges in der öf-
fentlichen Diskussion:
Der Kampf des "Guten"
gegen das "Böse".

Seite 1

Dr. Edith Niehuis MdB
zum 20. Jahrestag des
Inkrafttretens des Inter-
nationalen Überein-
kommens über die po-
litischen Rechte der
Frau: Bei der Gleich-
stellung mahlen die
Möhlen besonders
langsam.

Seite 3

Florian Gerster MdB zur
Verlegung weiterer
Einheiten und Ver-
bände der Bundeswehr
in die Türkei: Wehr-
pflichtige Soldaten nur
für die Landesverteidi-
gung!

Seite 5

Dokumentation
Der "Frankfurter Kreis"
der SPD-Linken hat am
Sonntag in Oer-Erken-
schwick eine Resolu-
tion zum Golfkrieg er-
arbeitet. Wortlaut

Seite 5

46. Jahrgang / 24

4. Februar 1991

Der Kampf des "Guten" gegen das "Böse"

Zur Darstellung des Golfkrieges in der öffentlichen Diskussion

Von Marliese Dobberthien MdB und Ilse Janz MdB

Die aktuelle Diskussion über den Golfkrieg in den Parteien, in den Medien und in der deutschen Öffentlichkeit leidet unter einem Mangel an Nachdenklichkeit, Besonnenheit und Sensibilität beim Umgang mit dieser äußerst schwierigen und vielschichtigen Problematik. Sie ist in erster Linie geprägt von Vereinfachungen, Verkürzungen und schnellen, wenig hilfreichen Schuldzuweisungen.

Es wird fast nur noch verkürzt gefragt, ob man für oder gegen den Krieg, das NATO-Bündnis, die Unterstützung Israels, den Einsatz deutscher Soldaten oder die Demonstrationen sei. Es ist daher keine Überraschung, daß nach dieser äußerst simplen Schwarzweiß-Malerei, der Einteilung der Welt in die Guten und die Bösen, die politische Glaubwürdigkeit und Vernunft auf der Strecke bleibt. Spekulationen auf einen kurzen, begrenzten Krieg mit wenig Opfern und geringen Auswirkungen helfen da auch nicht weiter.

*

Neben vielen deutschen Politikern tragen besonders die Medien Verantwortung für einseitige und hysterische Kriegsberichterstattung. Der Krieg kommt als Computerspiel ins Wohnzimmer und wir sitzen in der ersten Reihe.

Von sachgerechter Information kann, selbst wenn wir die massive Behinderung durch die Militärzensur berücksichtigen, keine Rede mehr sein. Stattdessen werden wir zu Waffenexperten im heimatischen Wohnzimmer ausgebildet. Wer kennt inzwischen nicht längst alle technischen Einzelheiten zu den irakischen Scud- sowie den amerikanischen Patriot-Raketen. Wir werden informiert über die Wirksamkeit der verschiedenen Gase, doch von den Menschen, von den Opfern erfahren wir sehr wenig. Die neuen Waffentechniken werden unverhohlen bewundert, die Planungen für die Zeit danach laufen schon, doch das Leid der Menschen ist das gleiche geblieben.

In dieses absurde Bild passen dann auch perverse Wortverbindungen wie "sauberer Krieg", "humaner Krieg", und "gerechter Krieg" sowie die schlimme Berichterstattung im Kampfanzug aus Tel Aviv.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kemal Atatürk Unversität
Ankara, Türkei
Reprint-Verlag



Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Solidarität mit Israel ist dringend nötig. Ohne jeden Zweifel muß jetzt Israel schnell und umfassend geholfen werden, ob das allerdings schon wieder deutsche Waffen sein müssen, muß bestritten werden, egal welcher Typ von Waffen, ob Verteidigungs- oder Angriffswaffen. Es gibt schon mehr als genug deutsche Waffentechnik in dieser Kriegszone.

Nach unserer Meinung wird dies weitere Schritte nach sich ziehen, zum Beispiel durch Entsendung von deutschen Soldaten und Flugzeugen in die Türkei sowie permanente Nachschublieferungen und könnte eine weitere Verstrickung der Bundesrepublik in die kriegerische Auseinandersetzung am Golf nach sich ziehen.

*

Es darf auch überhaupt keinen Zweifel daran geben, daß der irakische Diktator für diesen blutigen Krieg verantwortlich ist. Saddam Hussein muß umgehend gestoppt werden! Dies ist jedoch auch eine Frage der Mittel, Krieg ist eben nicht die Fortsetzung der Politik, sondern deren Ende. Hussein schont nicht einmal seine eigene Bevölkerung und mit seiner menschenverachtenden Politik schadet er nicht nur Israel allerdings in lebensbedrohlicher Weise, sondern auch allen Arabern und besonders den Palästinensern. Das palästinensische Volk, das seit über vierzig Jahren weitgehend in Flüchtlingslagern wohnt und unter zum Teil erbärmlichen Umständen lebt, wird mit Sicherheit wieder zu den Verlierern gehören.

Bei allem Elend und Leid, das in diesen Tagen und Wochen in der Golfregion passiert, wir Deutschen haben einen großen Teil dazu beigetragen. Die Bundesrepublik sowie die ehemalige DDR lieferten ganze Waffenfabriken an den Irak, für die Modernisierung der Scud-Raketen, so unglaublich es auch klingt, gab es sogar staatliche Hermesbürgschaften. Die deutschen Firmen lieferten, zufrieden mit den laxen Waffenexportbestimmungen, fast alles was der Markt hergab. Jeden Tag gibt es jetzt neue Enthüllungen.

Raketentechnik und Anlagen zur Herstellung von Giftgas gehörten zu den "Rennern" des tödlichen Geschäfts. Besonders zynisch muß es erscheinen, daß nach dem Gas jetzt die Gasmasken an Israel geliefert werden, zum Schutz der Überlebenden des Holocaust.

*

Problematisch ist die vereinfachende Diskussion über das Verhältnis der Deutschen zu Israel. Entweder man ist Freund oder Feind und damit auch für oder gegen Waffenlieferungen nach Israel. Dabei wird zum einen vergessen, daß sich unter denjenigen, die sich jetzt lautstark zu Israel bekennen, auch die befinden, die sonst von der Gnade der späten Geburt sprechen statt von besonderer Verantwortung, die in Bitburg Gräber von SS-Angehörigen besuchten, den Pazifismus für Auschwitz verantwortlich machten und Rüstungsexporte auch in den Irak zulassen und unterstützt haben.

Zum anderen wird vollkommen übersehen, daß langfristig weder Israel noch sonst jemandem, außer der Rüstungsindustrie, mit Waffenlieferungen geholfen ist.

Viele Menschen in Israel fürchten sich vor "Israel-Freunden" aus Deutschland. Besorgt wird stellenweise gefragt, "wer schützt uns vor unseren Freunden?" In Wirklichkeit gab es fast nie so etwas wie echte Freundschaft, eine kritische Solidarität mit Israel. Das Sightseeing, die Dominanz des Touristischen, der Stereotypisierungen und die Idealisierung Israels standen häufig im Vordergrund dieser "Freundschaft". Der Israeli ist für viele der Kibbuznik, der Soldat, der Preuße des Nahen Ostens und der Held des Sechs-Tage-Krieges. Ein wirkliches Sich-Auseinandersetzen mit den Menschen in Israel fehlte.

Dieses unkritische Freundschaftsverständnis bestimmte auch über lange Jahre die deutsche Außenpolitik. So sehr man auf die besonderen Beziehungen zu Israel immer wieder hinweisen muß, der Verzicht auf Kritik an Freunden hat der Beziehung geschadet.

Viele Menschen in Israel, besonders in der Arbeiterpartei, unter den Schriftstellern und der Peace-Now-Bewegung erwarteten für ihre Positionen auch Unterstützung aus Deutschland und nicht nur die unkritische Bewunderung der israelischen "Helden".

*

Vorzuwerfen ist nicht nur den USA, der EG und besonders der Bundesregierung der bisherige Verzicht einen konstruktiven Beitrag zu leisten im Ringen um eine dauerhafte Lösung des Nahost-Konflikts. Es gab keine exakten Vorstellungen, wie sich eine friedliche Koexistenz von Israelis und Arabern verwirklichen ließe. Und das gehört auch zum Kapitel der Freundschaft mit Israel.

Wir fordern Maßnahmen der UNO, eine Friedensinitiative der UNO, eine Feuerpause und Waffenstillstand ohne Bedingungen, um Möglichkeiten zum Verhandeln zu haben.

Wir setzen uns ein für eine internationale Nahost-Konferenz, die endlich eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung schafft und die das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes mit dem Recht auf Existenz und Sicherheit des Staates Israel in Einklang bringt.

*

Entscheidend ist, daß jetzt die De-Eskalation des Konflikts erreicht wird, statt auf den Wahnsinn mit noch größerem Wahnsinn zu reagieren. Je länger mit einer Friedensinitiative gewartet wird, desto schwieriger wird es, aus der Logik des Krieges auszubrechen. Das beweist die derzeitige Entwicklung, bei der in nur zwei Kriegswochen alle vorhergesagten Katastrophen eingetreten und schon übertroffen sind.

Wir fragen außerdem: Was kommt nach dem Krieg?

Selbst ein militärischer Sieg der Alliierten über den Irak löst den Nahost-Konflikt keineswegs. Es besteht im Gegenteil die Gefahr, daß eine Niederlage bei den arabischen Massen Gefühle der Erniedrigung und des Hasses gegen den Westen hervorruft. Dies ist jedoch die schlechteste Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten und für die so dringliche Versöhnung zwischen dem jüdischen und arabischen Volk.

Ob Sieg oder Niederlage, Befreiung Kuwaits oder Triumph des Irak - langfristig ist mit militärischen Mitteln der Frieden nicht zu sichern. Wir müssen der Politik eine Chance geben, bevor der Krieg den politischen Weg vollkommen verstellt.

(-/4.2.1991/rs/ks)

Bei der Gleichstellung mahlen die Mühlen besonders langsam

Zum 20. Jahrestag des Inkrafttretens des Internationalen Übereinkommens über die politischen Rechte der Frau

Von Dr. Edith Niehuis MdB

Vorsitzende des Ausschusses "Frauen und Jugend" des Deutschen Bundestages

Vor 20 Jahren, exakt am 2. Februar 1971, trat für die Bundesrepublik Deutschland das internationale Übereinkommen über die politischen Rechte der Frau vom 31. März 1953 in Kraft, dem die Bundesrepublik Deutschland mit einem Gesetz zu dem Übereinkommen am 25. September 1969 beigetreten war.

Über 16 Jahre hatte es also gedauert, bis der Deutsche Bundestag sich entschließen konnte, dem Übereinkommen der Vereinten Nationen beizutreten, obwohl für einen Staat wie die Bun

der Bundesrepublik der sofortige Beitritt eine pure Selbstverständlichkeit hätte sein müssen. Denn schließlich ist im Artikel 3,2 des Grundgesetzes seit 1949 verankert, daß Männer und Frauen gleichberechtigt sind, und im Artikel 3,3, daß niemand wegen seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt werden darf.

Schon diese lange Zeit, die es brauchte bis zum Beitritt zu dem Übereinkommen, zeigt: Wenn es um die politische Gleichstellung der Frauen geht, dann mahlen die Mühlen äußerst langsam.

Diese Feststellung gilt bis heute. 20 Jahre nach Inkrafttreten des Übereinkommens über die politischen Rechte der Frau hat der 12. Deutsche Bundestag seine politische Arbeit aufgenommen.

In den Artikeln II und III des Übereinkommens wird festgestellt, daß Frauen zu allen öffentlich gewählten Körperschaften unter den gleichen Bedingungen wie Männer ohne irgendeine Zurücksetzung wählbar sind und daß sie unter den gleichen Bedingungen wie Männer ohne irgendeine Zurücksetzung berechtigt sind, öffentliche Ämter zu bekleiden und alle öffentlichen Funktionen auszuüben.

Wie die politische Realität 20 Jahre nach Inkrafttreten des Übereinkommens in der Bundesrepublik Deutschland aussieht, läßt sich an der Zusammensetzung des 12. Deutschen Bundestags, des Bundeskabinetts und der Ausschußvorsitzenden studieren.

20,4 Prozent der Bundestagsabgeordneten sind weiblich. Das ist der höchste Anteil weiblicher Abgeordneter in der Geschichte dieses Parlaments. Angesichts eines über 50prozentigen Bevölkerungsanteils von Frauen kann diese Prozentzahl allerdings nicht zufriedenstellen. Und ein Blick in die einzelnen Bundestagsfraktionen zeigt, daß die Chancen für Frauen, sich in der Bundespolitik zu beteiligen, in den politischen Parteien recht unterschiedlich sind. Am schlechtesten stehen die Unionsfraktionen da. In der CSU-Fraktion gibt es nur 9,8 Prozent Frauen, in der CDU-Fraktion nur 13,8 Prozent. Angesichts dieses beschämend geringen Frauenanteils hätte es dem Bundeskanzler gut zu Gesicht gestanden, durch seine Kabinettsbildung ein positives Signal zu setzen. Doch nur durch eine Dreiteilung eines ohnehin schwachen Ministeriums gelang es ihm, ein paar Ministerinnen mehr zu berufen. So kann diese Regierungsmannschaft nicht als vorbildhaft für die politische Gleichstellung von Frauen gelten. Angesichts des 20jährigen Jubiläums des Übereinkommens über die politischen Rechte der Frau kann man der CDU/CSU nur raten, über den Sinn und die Umsetzung der Artikel II und III intensiver nachzudenken.

Mit einem Frauenanteil von 20,3 Prozent steht die FDP-Bundestagsfraktion ein wenig besser, wenn auch noch sehr unvollkommen da. Von den etablierten Parteien ist es der SPD am besten gelungen, Frauen an der Bundespolitik zu beteiligen. Mit einem Frauenanteil von 26,8 Prozent liegt sie bei den etablierten Parteien an der Spitze und hat zudem ihr selbst gesetztes erstes Etappenziel, die 25prozentige Beteiligung von Frauen, erreicht. Dies gibt zu der Hoffnung Anlaß, daß es der sozialdemokratischen Partei schließlich auch gelingen wird, die mindestens 40prozentige Beteiligung von Frauen umzusetzen.

Wie sehr allerdings die Realisierung des internationalen Übereinkommens über die politischen Rechte der Frau noch zu wünschen übrig läßt, zeigt auch die Besetzung der Positionen der Ausschußvorsitzenden im Deutschen Bundestag. 22 der 23 Bundestagsausschüsse haben einen männlichen Vorsitzenden; unter den stellvertretenden Ausschußvorsitzenden gibt es nur zwei Frauen. Diese wie auch die einzige weibliche Ausschußvorsitzende sind von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion vorgeschlagen worden.

Die Zahlen zeigen, auch 20 Jahre nach Inkrafttreten des Internationalen Übereinkommens über die politischen Rechte der Frau ist die Bundesrepublik Deutschland in der politischen Gleichstellung der Frau noch nicht weit gekommen. Hier bedarf es über die überall zu hörenden Lippenbekenntnisse hinaus weiterer ernsthafter Anstrengungen.

(-/4.2.1991/rs/ks)

Wehrpflichtige Soldaten nur für die Landesverteidigung!
Zur Verlegung weiterer Einheiten und Verbände der Bundeswehr in die Türkei!

Von Florian Gerster MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Wehrpflichtige müssen von Einsätzen außerhalb der Landesverteidigung und ohne förmlich festgestellten Bündnisfall ausgenommen werden.

Für Missionen unter dem Oberbefehl eines UNO-Generalstabsausschusses sollen künftig internationale gemischte europäisch-atlantische Eingreifverbände mit ausschließlich freiwilligen Soldaten gebildet werden. Daran sollte sich auch die Bundesrepublik nach einer Grundgesetz-Änderung beteiligen.

Wer 19- bis 20jährige, die ihrer staatsbürgerlichen Pflicht nachkommen, in Kriegsgebiete außerhalb Deutschlands und ohne festgestellten Verteidigungsfall schickt, untergräbt die Akzeptanz der Wehrpflicht in dramatischer Weise.

(-/4.2.1991/rs/ks)

DOKUMENTATION

Der Nahe Osten braucht eine dauerhafte Friedensordnung

Der "Frankfurter Kreis" der SPD-Linken hat am Sonntag in Oer-Erkenschwick eine Resolution zum Golfkrieg erarbeitet, die wir im Wortlaut dokumentieren.

I.

Der Krieg am Golf hat bereits jetzt große Zerstörung, hohes menschliches Leid, immense ökologische und wirtschaftliche Schäden, Tod und Vertreibung für Tausende gebracht. Wir befürchten eine Ausweitung des Krieges. Ein Ende dieser folgenreichen Eskalation ist bei Fortsetzung der Kriegsmaßnahmen nicht abzusehen. Wir appellieren daher dringend, eine Feuerpause am Golf zu vereinbaren, um der Diplomatie wieder eine Chance zu geben. Ohne eine Feuerpause besteht kaum eine Möglichkeit, daß die diplomatischen Bemühungen, wie sie in diesen Tagen vor allem von einigen arabischen Staaten gesucht werden, zum Erfolg führen können und die ökologische Katastrophe am Persischen Golf wirksam bekämpft werden kann.

II.

Eine dauerhafte Friedensordnung in Nahost setzt voraus, daß von allen Beteiligten die Existenzberechtigung und die staatlichen Grundlagen für Israel und die Palästinenser anerkannt und für sie eine Friedensgarantie übernommen wird. Ein friedliches Zusammenleben im Nahen Osten und in Nordafrika wird in Zukunft nur möglich sein, wenn eine neue Friedens- und Wirt-

schaftsordnung von den arabischen Staaten und Israel selbst gewollt und getragen wird. Hierfür ist im arabischen Raum auch ein Ausgleich zwischen den armen und reichen Ländern erforderlich. Wir teilen die Auffassung, daß zur Regelung einer gemeinsamen friedlichen Existenz rasch ein Prozeß der Sicherheit und Zusammenarbeit in Nahost nach dem Vorbild des KSZE-Prozesses eingeleitet werden soll. Eine Friedensordnung für den Nahen Osten muß von massiven materiellen Hilfen begleitet werden. Hierfür und nicht für die Finanzierung des Krieges sind wir bereit, große finanzielle Anstrengungen und auch Opfer auf uns zu nehmen.

III.

Wir fordern von Saddam Hussein und dem Irak, einen Friedens- und Entspannungsprozeß im Nahen Osten nicht länger durch die Besetzung Kuwaits und den Krieg gegen Israel zu blockieren, sondern die irakischen Truppen umgehend aus dem Kuwait abzuziehen und die Raketenangriffe gegen die Bevölkerung von Israel sofort einzustellen. Die Menschen dort und der Staat Israel haben Anspruch auf Verteidigung und auf unseren Schutz. Mit großem Respekt und Achtung sehen wir, daß Israel bis jetzt alles dazu beiträgt, eine Eskalation des Krieges zu verhindern. Der Schutz und die Sicherheit Israels muß international gewährleistet werden.

IV.

Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns dagegen, daß sich die Bundesrepublik über einen durchsichtigen 'NATO-Trick' in die regionale Großmachtpolitik der Özal-Regierung in der Türkei einspannen läßt. Einen Automatismus für den Einsatz der Bundeswehr kann es nicht geben, über den Eintritt des NATO-Bündnisfalles kann nur durch den Deutschen Bundestag mit einer Zweidrittel-Mehrheit entschieden werden. Eine Zustimmung der SPD wird es nicht geben.

Die Entsendung von Bundeswehreinheiten ist eine schwerwiegende Fehlentscheidung, die umgehend korrigiert werden muß. Die bereits entsandten Einheiten müssen in die Bundesrepublik zurückverlegt werden.

V.

Ziel der Politik muß es sein, daß sich nicht ein verfestigter Haß zwischen der islamischen Welt und den Industriestaaten ausbreitet, da dies zur Unlösbarkeit der globalen Weltprobleme führen würde. Stattdessen setzen wir uns für eine neue Phase der Diplomatie, eines vertieften Kulturaustauschs und der Begegnung der Völker ein.

VI.

Entscheidende Voraussetzung hierfür ist die weltweite Abrüstung. Als wichtigen Beitrag muß dazu im Grundgesetz das Verbot von Rüstungsexporten außerhalb von Bündnisverpflichtungen festgelegt werden. Die Aufrüstung des Iraks durch die westlichen Industriestaaten und die Sowjetunion und die zynische Zuschauerrolle und sogar beifällige Begleitung der Giftgas-einsätze gegen die Kurden und im Krieg gegen den Iran haben die jetzt eingetretene Entwicklung mit herbeigeführt.

VII.

Die positive Utopie des Ausbaus der UNO zur Trägerin einer wirklichen Weltfriedens- und gerechten Weltwirtschaftsordnung ist nur dann realisierbar, wenn die Prinzipien der Humanität und des Völkerrechts für alle Menschen und in jedem Fall gelten und die UNO nicht als Instrument von Großmachtpolitik diskreditiert werden kann.

VIII.

Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit dagegen, daß US-amerikanische und britische Massenmedien die Friedensbewegung in der Bundesrepublik zusammen mit deutschen Waffenexporteuren in einen Topf mengen. Wir Sozialdemokraten sind stolz darauf, daß so viele junge Menschen in unserem Land die Lehren aus der unheilvollen Geschichte gezogen haben und sich für ein friedliches Zusammenleben der Menschen engagieren.

(-/4.2.1991/rs/ks)
